

Leipzig. Die Zeitung erscheint täglich. Zu beziehen durch alle Postämter...

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

In England durch Williams & Morgan in London. 14 Gentieta-Street, Covent-Garden. Preis für das Vierteljahr 2 Thlr.

Uebersicht.

Deutschland. *Frankfurt a. M. Abberufung der hannoverschen Abgeordneten. — Das Abberufungsschreiben. — Die Reichstruppen. Der Großherzog von Baden. 3 Frankfurt a. M. Die Wirren des Tages. München. Die deutschen Angelegenheiten. Die Creese. Oesterreichische Truppenconcentration. Kaiserslautern. Die provisorische Regierung. Mannheim. Die Freischaren in der Pfalz. Landau. Stuttgart. Proclamation des Staatsministeriums. — Ansprache des Raths und Bürgerausschusses. — Reichscommissar Zell. Badische Anträge. Ludwigsburg. Der König und das Militair. Karlsruhe. Bekanntmachung des Landesausschusses. Die Press- und Redefreiheit. — Die Zustände, die Soldaten. Mannheim. Das 3. Regiment. Von der badisch-hessischen Grenze. Der französische Gesandte in Karlsruhe. Socialistische Pläne. Die pfälzer Freischaren. Darmstadt. Der Grenzverkehr mit Baden. Auerbach. Hanau. Berichtigung. Hannover. Ein Congress. Schwerin. Die Volksversammlung in Gütrow. Preußen. Berlin. Die letzten Verhaftungen. + Berlin. Die Conferenzen in der deutschen Frage. Rußland. Königsberg. Antritt des neuen Oberpräsidenten. Oesterreich. Wien. Der Kaiser. — Die Verproviantirung der Armee. Gerüchte. Δ Wien. Der Krieg in Ungarn. Der Getreidemarkt. — Aufruf ungarischer Adeliger. — Presburg. Das Borrücken der kaiserl. Armee. — Vicegespan Petöcz. Kemberg. Die Russen. Semlin. Der Ban. — Pensionirung. Eriest. Die Belagerung von Walghera. Venedig. Die Blockade. — Der Verlust im sardinischen Feldzuge. Italien. Turin. Das Ministerium. — Der Freihafen von Genua. Florenz. Die österreichische Intervention. Rom. Waffenstillstand mit den Franzosen. — Die Unterhandlungen mit Hrn. v. Lesseps. — Telegraphische Depesche an General Dubinot. — Die Neapolitaner. Frankreich. Schlussigung der Nationalversammlung. Untersuchung wegen Verschwörungsgerüchten. Hr. Léon Faucher. Deputirte des Elsaß. Die dänische Frage. Die Bank. Großbritannien. Parlament. Das Armeebudget. Der Globe über die russische Intervention. Versammlung in Birmingham. Lord Clarendon. Earl of Mayo. Der katholische Primas. Die Bank.

Deutschland.

* Frankfurt a. M., 27. Mai. In der nächsten Sitzung der deutschen Nationalversammlung wird das nunmehr eingetroffene Decret für Abberufung der hannoverschen Abgeordneten verkündet werden. Die Sympathie für die Nationalversammlung in ihrer jetzigen Zusammensetzung ist hier ganz erloschen; sie wird nur etwa noch von einer äußersten, aber sehr kleinen Partei gehegt.

— Das oben erwähnte Abberufungsschreiben wegen der hannoverschen Abgeordneten zu der deutschen Nationalversammlung lautet: An den Hrn. Justizrath v. Bothmer, königl. hannoverschen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt in Frankfurt a. M. Die königl. Regierung hat zu ihrem tiefen Bedauern aus dem Gange der Verhandlungen der deutschen Nationalversammlung die Besorgniß schöpfen und in den neuesten vortigen Vorgängen bestätigt finden müssen, daß das Zustandekommen des deutschen Verfassungswerks zwischen dem deutschen Volk und den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten im Sinne derjenigen Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1848, auf deren Grund die Wahlen von Abgeordneten zur Nationalversammlung angeordnet und angenommen sind, von dieser nicht mehr erwartet werden darf. Die königl. Regierung findet durch diese Wahrnehmung eine, ihren wärmsten Wünschen für Deutschlands verjüngende Umgestaltung entsprungene Hoffnung insoweit vernichtet, als die Nationalversammlung, mit Ablehnung der von den Regierungen dargebotenen freien Vereinbarung, entschieden den Weg verlassen hat, der nach unserer innigen Ueberzeugung das allseitig erstrebte Ziel der Einheit Deutschlands, seiner Macht und des Glücks seiner Völker am schnellsten und mit Sicherheit hätte erreichen lassen. Wie fest die königl. Regierung dieses Ziel, so lange eine Aussicht des Erfolgs übrig blieb, im Auge behalten, dies hat sie Gelegenheit gehabt, noch in der Erklärung zu bekräftigen, die von ihr dem Abgeordneten der provisorischen Centralgewalt über die verlangte Anerkennung der von der Nationalversammlung einseitig beschlossenen Reichsverfassung am 4. d. M. ertheilt worden ist. Nach vorgängigem Rücktritte der österreichischen Deputirten ist inzwischen auch die Abberufung der in den königl. preussischen und königl. sächsischen Staaten erwählten Mitglieder der Nationalversammlung erfolgt, und die letztere hat hierdurch, sowie durch die zahlreiche Entfernung von Abgeordneten aus andern Theilen Deutschlands in ihrer Zusammensetzung eine Veränderung erlitten, die es der Regierung Sr. Maj. des Königs nicht ferner gestattet, in ihr ein vollgültiges Organ der Wünsche des gesammten deutschen Volks anzuerkennen. Die königl. Regierung sieht sich hieran durch die ihr obliegenden Pflichten um so mehr behindert, da in dem Verhalten der Nationalversammlung selbst ein neuerlich hervorgetretenes

Bestreben Unterstützung findet, das, bei dem Beharren auf der einseitig beschlossenen Verfassung, in einer Aufrechthaltung und Ausführung der letztern den Vorwand findet, das gesammte Vaterland mit Bürgerkrieg und Umsturz aller bestehenden Ordnung zu bedrohen und auch für das hiesige Königreich Gefahren herbeizuführen, welche mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln abzuwenden die königl. Regierung fest entschlossen ist. Unter diesen Umständen und damit über die Beurtheilung, welche eine fortgesetzte Thätigkeit der etwa versammelt bleibenden noch übrigen Abgeordneten zur Nationalversammlung in den Augen der königl. Regierung findet, jeder Zweifel für die Angehörigen des hiesigen Königreichs entfernt werde, hat die Regierung Sr. Maj. des Königs zu dem Beschlusse gelangen müssen, daß an die in dem Königreiche Hannover zu jener Versammlung erwählten Deputirten die Aufforderung zu erlassen sei, an den Verhandlungen, welche von den gedachten Abgeordneten in Frankfurt oder an andern Orten ferner möchten gehalten werden, sich der Theilnahme zu enthalten. Die königl. Regierung erkennt daneben als eine bestimmte Verpflichtung an, so viel an ihr ist, dafür Sorge zu tragen, daß die auf Deutschlands Einigung und Kräftigung wie auf die Vertretung des deutschen Volks bei Deutschlands Centralgewalt gerichteten Zusagen, welche in den erwähnten Bundesbeschlüssen enthalten oder von Sr. Maj. dem Könige ihren Unterthanen besonders ertheilt worden sind, mit jeder möglichen Beschleunigung und auf eine Weise zur Ausführung gebracht werden, welche dem deutschen Volke eine selbstthätige Theilnahme an der Begründung einer neuen Gesammtverfassung sichert. Die königl. Regierung ist im Bewußtsein dieser Obliegenheit bereits mit andern deutschen Bundesregierungen in eine Verhandlung getreten, deren bisheriger Verlauf zu der Erwartung berechtigt, daß die Regierungen binnen kurzem im Stande sein werden, die Ergebnisse ihrer Erwägungen dem Vaterlande zu seiner Beruhigung vorzulegen. Wir beauftragen den Herrn Bevollmächtigten, die dort anwesenden hannoverschen Abgeordneten mit der vorstehenden Verfügung vollständig bekannt zu machen und dabei zu bemerken, daß mit dem Tage des Empfangs der Eröffnung, auf dessen Constatirung Bedacht zu nehmen ist, die bisherige Diätenzahlung aus der hiesigen Landeskasse aufhören und sodann nur noch eine Vergütung der Kosten der Rückreise, insofern letztere sofort erfolgt, eintreten wird. Hannover, 23. Mai 1849. Königl. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. (Sg.) Graf v. Bennigsen.

— Der ehegestern von der deutschen Nationalversammlung auf den Antrag des Dreißiger-Ausschusses bezüglich der Entfernung der Truppen der Staaten, deren Regierungen die Reichsverfassung noch nicht anerkannt, von dem Gebiete der verfassungstreuen Staaten gerichtete Antrag, hat sicher keinen andern Zweck, als der Nationalversammlung einen Vorwand zur Verlegung ihres Sitzes zu geben. — Der Großherzog von Baden hat dem Erzherzog-Reichsverweser heute einen Besuch abgestattet, welcher von demselben sofort mit einem Gegenbesuch erwidert worden ist.

3 Frankfurt a. M., 27. Mai. In Baden und der Pfalz herrscht ein „milder“ Terrorismus, der an manchen Orten auf äußere Ordnung streng hält. In Heidelberg wurde z. B. Schlössel jun. bedroht, eingesperrt zu werden, wenn er Unordnung mache. In andern Orten geht es hingegen gar bunt und toll zu. Im Allgemeinen hält die Linke ihr den Kaiser machern gegebenes Versprechen besser als Jene das ihrige. Die Linke verspricht unter keinem andern Banner zu agitiren als unter dem der Reichsverfassung und kommt dieser Verpflichtung treulich nach. Sie hat weder die Erklärung der Republik in Baden, in der Pfalz oder an einem andern Orte zugelassen, noch in der Nationalversammlung das Capitel vom Reichsoberhaupt abgeändert; im Gegentheil hat sie diejenigen zurückgedrängt, welche die Heuchelei verwarfen und offener herauszutreten willens waren. In Baden wirkt Brentano maßigend, und nach wie vor läßt man den Großherzog trotz seiner Flucht als Staatsoberhaupt gelten: freilich nur zum Scheine. Die Kaisermacher dagegen haben ihr Wort gebrochen und, als es Ernst wurde, als ihre Drohungen in Erfüllung gingen, als eintrat, was vorauszusehen war, und sie nun ihre Verheißungen männlich halten sollten, aus der Nationalversammlung, zum Theil unter nichtigen Vorwänden, von Heinrich v. Gagern bis zu Biedermann herunter, schmählich Reichsaus genommen. Und doch besaßen sie die unzweifelhafte Mehrheit seit dem Austritt oder der Entfernung der anderthalbhundert Großdeutschen.

In Württemberg erwartet man morgen inhaltschwere Vorgänge in Folge der in Reutlingen stattfindenden Zusammenkunft der Vereinsabgeordneten. Man spricht von einem großen bewaffneten Zuge gegen Stuttgart, ja man schmeichelt sich mit der Hoffnung, der König von Württemberg werde sich an die Spitze der Bewegung für die Reichsverfassung stellen. Denn man will wissen, daß die norddeutschen Mächte

das die über die age zum risterium Verica elbst am on etwa Mai mit undewitt eutenant elche am er Nähe n. Für Oberst- Danste verburg- verlichen anischen ie deut- d. C.) Akade- den. anschrift- Longford ergestern , welche wurden, ischen rief des Rheini- worten, und die ehmung er, wo- r Plan 3. 3.) 75 7/8;) Fl. 2. Darmst. Kurheff. Kan. 46. 16 1/4; . 2200; . 70 1/2; ; Mail. a. I. H. Cl. 15 Ngr. H. Cl. 3/4 Thlr. H. Cl. 1 Ngr. I Thlr. H. Cl. 10 Ngr. H. Cl. 2 1/4 Thl. I Thlr. 10 Ngr. I Thlr. gr.

seine Entfernung vom Throne im Schilde führten und daß ihm dies nicht unbekannt sei. Wir glauben dies eben so wenig, als wir die Hoffnungen theilen, welche eine Partei vor wenigen Tagen noch auf den König von Baiern setzte. Hr. v. d. Pfordten hat den beiden Abgesandten der Linken, den Abgg. Wigard und Lodemann, geantwortet: wie man denn Baiern die Annahme der Reichsstatthaltertschaft behufs der Einführung der Verfassung zumuthen könne, da Baiern dann mit Krieg Preußen und Oesterreich überziehen müsse und wenn es beide besiegt habe, dem bezwungenen Könige von Preußen das Kaisercepter reichen sollte, um selbst in die Stellung einer preussischen Praefectur herabzusteigen! Nichts Anderes aber ist der Sinn dieses Anerbietens. Jener Wiedemann'sche Antrag auf Einsetzung eines Reichsstatthalters scheint nur auf Wegdrängung des unbequemen Reichsverwesers und Erhebung H. v. Gagern's berechnet gewesen zu sein, der mit dem Könige von Preußen sich arrangiren und diesem die Macht in die Hände spielen sollte. Seine Annahme war ein neuer Mißgriff der Nationalversammlung und sein wahrer Zweck schon vereitelt, seitdem ein neues Reichsministerium der Gefahr entgegentrat. Die Nationalversammlung wird keinen Reichsstatthalter finden.

□ **München, 27. Mai.** Seit gestern erzählt man hier: Wenn man sich über die preussischen Vorschläge nicht habe vereinigen können, so sei dies bloß darum der Fall gewesen, weil das Verfassungselaborat des preussischen Cabinets noch eine Menge von unzeitgemäßen Präntensionen Preußens und von keine dauerhaften Zustände verheißenden Dingen enthalten habe. Nun dränge aber der Aufruhr auf allen Punkten Süd- und Westdeutschlands so, daß in diesem Augenblick die Zeit nicht einmal dem Detroyiren, viel weniger dem Vereinbaren günstig sei. Daher bleibe denn nur eins: erst Ordnung zu schaffen, ehe man ans Verfassungswerk gehe. Das Gerücht läßt sogar von hier aus gleichzeitig nach Wien und nach Berlin den Antrag abgegangen sein, alle Verhandlungen über die Reichsverfassungsfrage unbedingt beruhen zu lassen, bis am Rhein und sonst überall das Geseh wiederhergestellt und dem wählerischen Uebermuth der Radicalem ein fester Damm gezogen sein werde! Zunächst steht Dem zur Seite, daß vom Kriegsministerium aus, in welchem die größte Thätigkeit herrscht, gestern eine Menge von Verfügungen an die Armeecommandos abgegangen sind, welche über die bloßen Bereitschaften hinausgehen. Manche sehen im Geiste schon 100,000 M. vereinigte Preußen und Baiern in allernächster Zukunft vereinigt, wenn bis zum Kampfe kommt und nicht bloß zur militairischen Pacification. Auf die Excesse einzelner Truppenabtheilungen in dem bei Donauwörth aufgeschlagenen bairischen Lager können wir Gewicht nicht legen und uns nicht überreden, daß bairische Bataillone oder Regimenter, wenn sie das Hederlied singen und misliebige Offiziere verhöhnen, dabei von politischen Zwecken, von republikanischen Gesinnungen ic. geleitet werden. Solchen und noch gröbern Verstößen gegen die Mannszucht liegen hier nicht die Motive politischer Ideen in welcher Richtung immer zum Grund, sondern nur der Sauerteig der altherkömmlichen Soldatenkamaschenzucht.

— Die Neue Münchner Zeitung schreibt: Wir vernehmen aus sicherer Quelle, daß starke österrische Truppenabtheilungen aus Italien nach Borsarlberg auf dem Marsche sind, wo in wenigen Tagen schon ein Corps in der vorläufigen Stärke von 10,000 M. zusammengezogen sein wird. Wir glauben nicht zu irren in der Annahme, daß diese Truppenconcentration Oesterreichs durch die jüngsten Ereignisse in Südwestdeutschland hervorgerufen, und daß Oesterreich bereit ist, das ganze Gewicht seiner Macht für die Aufrechthaltung oder Wiederherstellung der Ordnung, da wo sie bereits gestört oder umgestoßen ist, in die Waagschale zu legen.

Kaiserslautern, 25. Mai. Vorgestern ist die provisorische Regierung von Speyer und die Militaircommission von Neustadt a. d. H. wieder hierher übersiedelt; Kaiserslautern ist unstreitig für das gemeinsame Wirken beider der in jeder Beziehung günstigste Punkt der Rheinpfalz. — Unter den vielen Zuzügen, die täglich, ja stündlich, unsere Volkswehr vermehren, befinden sich viele Studenten. Sie sind größtentheils mit trefflichen Waffen versehen. (F. J.)

Mannheim, 25. Mai. Die fremden Zuzüge in der Rheinpfalz hatten sich in den letzten Tagen über alles Erwarten vermehrt. Außer den Turnern und kampfluftigen Demokraten aus Hessen, Rheinpreußen, Nassau ic. hatten auch die Schweiz und Elßas zahlreiche Contingente geliefert. Der bekannte Becker aus Biel, welcher sich schon früher bei den Freischarenereignissen aus der Schweiz lebhaft betheiligte hatte, führte eine Schar herbei, welche so zerlumpt und schuftig aussah, daß selbst die provisorische Regierung Anstand nahm, sie in ihre Dienste zu nehmen. Außer den Jagdfinten, Musketen, Pistolen und Säbeln sind Senfen Lieblingswaffen dieser Freiwilligen. Vor jeder bewaffneten Compagnie marschiren einige Senfenmänner. Bei einem Besuch in Ludwigshafen begegnete mir eine solche Schar mit einem Trompeter an der Spitze, welchem zwei Männer mit Axten und 20 Senfenmänner folgten. Hinter diesen eine sehr bunt gekleidete Bande von mehr als 100 Mann, welche das gemeinsame rothe Abzeichen und

Schießwaffen von den verschiedensten Formen trugen. Man bemerkte Physiognomien aller Art darunter. In Ludwigshafen und Umgegend mögen circa 600 Mann Freischärler mit zwei Kanonen stehen. Die Brücke ist stark besetzt, und auf jeden Fremden, der nicht das Freischärlercostume und das rothe Abzeichen trägt oder wenigstens wie ein Proletarier aussieht, wird ein argwöhnisches Auge geworfen. Alle Stationen der Eisenbahn zwischen Ludwigshafen und Neustadt sind von zahlreichen Banden Aufständischer besetzt, deren wachsende Massen bereits eine Verlegenheit für das Land sind, denn unsere kleinen Städte und Dörfer der Pfalz sind bereits mit Einquartierung überladen. In Neustadt gewinnt der revolutionaire Spectakel einen fast großartigen Anstrich. Alle Gassen wimmeln von den pittoresken Figuren der „Freiheitskämpfer“, worunter natürlich auch Polen und Franzosen nicht fehlen dürfen. „Birth und Dirnen habens gut.“ Die Bänke der Gasthäuser werden nie leer, und wenn diese Blousenhelden sich gegen die Preußen eben so tüchtig schlagen, als sie tapfer zechen, sind und fluchen, so sind sie unüberwindlich. Auch viele reguläre Soldaten sah ich in Neustadt. Die einberufenen Rekruten waren noch nicht uniformirt und bewaffnet, sondern trugen Jacken oder Blousen und derbe Knüttel. Landau ist fortwährend von 5000 M. blockirt, und der Mangel an Lebensmitteln soll bereits fühlbar sein. Uebrigens hat sich die dortige Besatzung keineswegs aufgelöst, wie ein Schreiben der Allgemeinen Zeitung (Nr. 145) irrig meldete. Die größere Hälfte von der Mannschaft der in der Festung liegenden zwei Regimenter ist bei ihren Offizieren geblieben. (D. J.)

Stuttgart, 27. Mai. Gestern ist folgende Proclamation des württembergischen Staatsministeriums erschienen: An das württembergische Volk! Am Pfingstmontage soll in Reutlingen eine Volksversammlung gehalten werden. Will man einem allgemein verbreiteten Gerüchte Glauben schenken, so beabsichtigt der Landesausschuß in Stuttgart, welchem, in Folge seiner öffentlichen Rührigkeit, Viele eine officielle Eigenschaft beilegen, obgleich er nichts ist als eine Privatgesellschaft, aus Reutlingen ein zweites Offenburger zu machen. Nach den Angaben der Einen soll in jener Stadt die württembergische Republik ausgerufen, nach den Behauptungen der Andern wenigstens der Beschluß gefaßt werden, die Regierung zu zwingen, sich mit der badischen Regentenschaft in ein Schutz- und Trugbündniß einzulassen, und wenn sie nicht nachgibt, sie abzusetzen und eine provisorische Regierung zu errichten. Ob und inwieweit diese Gerüchte begründet sind, mag dahin gestellt bleiben. Da wir indessen wissen, daß es in Württemberg eine Partei gibt, welche mit der provisorischen Regierung in Baden Verbindungen unterhält, da uns ferner bekannt ist, daß nicht Wenige von der württembergischen Regierung verlangen, sie solle zum Behufe der Durchführung der Reichsverfassung sich an die Spitze einer bewaffneten Propaganda stellen, und da wir vermuthen müssen, daß diese Gegenstände jedenfalls bei der bevorstehenden Versammlung in Reutlingen zur Sprache kommen werden, so glauben wir uns hierüber öffentlich äußern zu müssen. Wenn wir diesen Schritt thun, wenn wir namentlich die Theilnehmer an der Versammlung vor extremen Maßregeln warnen zu müssen glauben, so werden wir uns wol bei der großen Mehrzahl des württembergischen Volks nicht dem Verdacht aussetzen, als geschehe es, um im Besitz unserer Stellen zu bleiben. Fürwahr, wir gönnen sie Jedem besser als uns selbst! Unser Mahnruf ertönt, um Unglück vom Vaterlande abzuwenden.

Wir nehmen Umgang von der Art und Weise, wie die jetzige Regierung in Baden entstanden ist. Wir sehen davon ab, daß man der württembergischen Regierung nicht zumuthen kann, dem badischen Regentenschaftsausschuß ein Bündniß anzutragen, aber wir machen geltend, daß es, nach unserer Ueberzeugung, dem letztern um Durchführung der deutschen Reichsverfassung keineswegs zu thun ist, weil er mehre wesentliche Bestimmungen der Reichsverfassung verlegt; wir machen geltend, daß ein Bündniß, wie es verlangt wird, nach §. 9 der Reichsverfassung ungültig ist; wir machen ferner geltend, daß, wenn die Ordnung in Baden gestört oder dasselbe angegriffen wird, nach den klaren Bestimmungen der §§. 53, 54, 55, 56 der Reichsverfassung ein Einschreiten nur der Reichsgewalt zusteht. Diese Reichsgewalt bildet zur Zeit noch die von der deutschen Nationalversammlung eingesetzte provisorische Centralgewalt zu Frankfurt; und wenn wir auch leider zugeben müssen, daß diese für Durchführung der Reichsverfassung nicht thätig ist, so dürfen wir uns doch nicht verhehlen, daß es bis jetzt keine andere Gewalt gibt, welcher das Recht des Vollzugs in deutschen, das Reich betreffenden Angelegenheiten zusteht. So lange sie daher nichts Verfassungswidriges von uns verlangt, müssen wir ihr gehorchen. Bis jetzt hat sie ein verfassungswidriges Ansinnen an uns nicht gestellt. Denn indem sie die Aufstellung eines württembergischen Truppencorps an unserer Grenze und zum Schutz einer deutschen Reichsfestung angeordnet, hat sie den Kreis ihrer verfassungsmäßigen Rechte nicht überschritten. Wir selbst sind auch weit entfernt, uns in die innern Angelegenheiten Badens mischen zu wollen. Die strenge Bewachung unserer Grenze aber halten wir für nothwendig, weil dieselbe von badischen Bewaffneten schon einige Mal verletzt worden ist, und weil der Plan besteht, bewaffnete Freischaren aus Baden ins Württembergische zu werfen und mit Hülfe dieser in Württemberg denselben Zustand herbeizuführen, welcher in Baden derzeit der vorherrschende ist.

Wir begreifen, wie Jünglinge und Männer, welche für die deutsche Einheit und Freiheit begeistert sind, diesen Gütern gern jedes Opfer bringen, und wir anerkennen, daß es die Pflicht der deutschen Regierungen ist, da, wo jene Güter ernstlich bedroht sind, zum Schutz derselben das Mögliche einzusetzen; allein wenn wir uns mit Baden, und, wie weiter

verlangt
lassen
und geg
Baden
zur Füh
gen Sta
ihrer ge
chen Bu
berg, z
vielleic
Rimm
Aufständ
führen
projectir
ner hab
zumuthe
könnte,
zwar in
tung der
danieder
wende n
denn wo
komme d
zu einer
mancher
Schein e
aber wid
Recht zu
heit, daß
ben Geis
Ma
und Rhe
diese Sa
fer Beha
lung sich
und Dör
mentlich
denken t
hen, bei
würtemb
ten eine
Stellen
durch die
müßte, u
etwa Ge
auf unser
nicht dar
auch wir
es werde
fehlt; ab
lilit und
werden n
annehmen
rische Ver
gen eines
welche die
der Bürg
sehr die
wehren
des Milit
der Zukun
Mai 184
In F
schuß, son
Abtheilun
fentlich:
veröffentli
vor Auger
Freiheiten
verfassung
tungen, d
drängt es
Versuche
sowie ein
mäßig da
so viel an
Zustände
rung für
sichtlich h
heit und
Regierung
ihre Unter
es auch
nicht fehl
Rechtfertig
sprache de
auf seinem
der Gemei

verlangt wird, auch mit Rheinbaiern in ein Schutz- und Trugbündnis einlassen würden, so läge hierin offenbar eine Kriegserklärung gegen Baiern und gegen alle diejenigen Staaten, welche den gegenwärtigen Zustand in Baden nicht für einen geseglichen halten. Und welche Kräfte ständen uns zur Führung eines so furchtbaren Bürgerkriegs zu Gebot? Da die übrigen Staaten, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, theils wegen ihrer geographischen Lage, theils wegen anderer Verhältnisse an einem solchen Bunde zuverlässig keinen Theil nehmen würden, so ständen Württemberg, Baden, Rheinbaiern gegen Preußen, Baiern, Hannover, Sachsen, vielleicht auch Oesterreich, also etwa 4 Millionen gegen wenigstens 30. Nimmt man nun auch eine beträchtliche Zahl von Freischaren und partielle Aufstände in einzelnen derjenigen Länder, mit denen wir den Krieg zu führen hätten, in Rechnung, so darf man doch nicht übersehen, daß der projectirte Bund innerhalb seines Schoosfes gleichfalls seine mächtigen Gegner haben würde. Wie könnten wir daher dem württembergischen Volke zumuthen, für eine Sache, deren ungünstiger Erfolg kaum zweifelhaft sein könnte, an Menschen und Geld so unermessliche Opfer zu bringen, und zwar in einer Zeit, wo die öffentlichen wie Privatkassen kaum zur Bestreitung des nothwendigen Aufwandes hinreichen, wo Handel und Gewerbe daniederliegen, wo der Credit fast auf Nichts herabgesunken ist? Man wende nicht ein, das verlangte Bündnis sei lediglich ein Act der Klugheit, denn wenn die Erhebungen in Baden und Rheinbaiern unterdrückt seien, komme die Reihe an Württemberg. Württemberg gibt keine Veranlassung zu einer feindlichen Behandlung. Was man daher auch von der Politik mancher Cabineten halten mag, eine Gewaltthat, welche nicht einmal den Schein eines Rechts für sich hat, wird nicht zu befürchten sein. Träte sie aber wider Erwarten ein, nun, dann würden wir mit Gott unser gutes Recht zu verteidigen suchen, und dann hätten wir jedenfalls die Gewissheit, daß Bürger und Soldat im Kampfe für das Vaterland von demselben Geiste befeelt sein würden.

Man hält uns entgegen, die Stimmung für ein Bündnis mit Baden und Rheinbaiern sei allgemein, das württembergische Volk werde sich für diese Sache wie ein Mann erheben. Wir zweifeln an der Richtigkeit dieser Behauptung. Mögen politische Vereine, mag eine begeisterte Versammlung sich entschieden gegen unsere Ansicht erklären, wenn wir in Städten und Dörfern die Stimmen der einzelnen Bürger zählen, wenn wir namentlich die Gemeindebehörden fragen, die große Mehrzahl wird unsere Bedenken theilen. Auch gehen wir, wir dürfen diese Ueberzeugung aussprechen, bei der vorliegenden Frage Hand in Hand mit der großen Mehrheit der württembergischen Volksvertreter, denn wenn die Kammer der Abgeordneten eine andere Politik befolgt wissen wollte, so hätten wir bereits unsere Stellen niedergelegt. Wir erklären daher, daß wir einem Ansinnen, wodurch die Kraft des Volks ohne entsprechenden Erfolg verzehrt werden müßte, unsere Zustimmung nicht ertheilen könnten; Denjenigen aber, welche etwa Gewalt zu brauchen gesonnen sein möchten, sagen wir, daß sie uns auf unserm Posten finden werden. Wir brauchen zu unserer Rechtfertigung nicht darauf hinzuweisen, was wir für die Reichsverfassung gethan haben, auch wird uns das württembergische Volk glauben, wenn wir versichern, es werde in kürzester Zeit nachfolgen, was von unserer Seite etwa noch fehlt; aber Zumuthungen, welche mit unserm Gewissen, einer gesunden Politik und unsern Pflichten gegen das Vaterland im Widerspruche stehen, werden wir nimmermehr Folge geben, und wenn sich, was wir jedoch kaum annehmen können, je Verblendete finden sollten, welche durch verbrecherische Versuche den Frieden des Landes stören würden, so mögen die Folgen eines solchen Schritts auf ihre Häupter zurückfallen. Einer Regierung, welche die Gesetze beachtet, wird es in Stadt und Land, in den Reihen der Bürgerwehren sowie im Heere nicht an Vertheidigern fehlen, und wie sehr die württembergische Regierung zunächst den Bürgern und Bürgerwehren Stuttgarts und der Umgegend vertraut, hat sie durch Entfernung des Militärs aus der Garnison Stuttgart an den Tag gelegt. Wir sehen der Zukunft mit Ruhe und Entschiedenheit entgegen. Stuttgart, den 26. Mai 1849. Römer. Moser. Duvernoy. Schmidlin. Ruppelin. Goppelt.

In Folge der obigen Proclamation haben Stadtrath und Bürgerausschuß, sowie der interimistische Oberbefehlshaber und die Bataillons- und Abtheilungscommandanten der Bürgerwehr folgende Ansprache veröffentlicht: An die Bewohner Stuttgarts! Eine heute von unserm Ministerium veröffentlichte Ansprache „an das württembergische Volk“ hat uns die Gefahren vor Augen gelegt, von denen unser Vaterland, sowie selbst die Rechte und Freiheiten bedroht sind, welche in der von uns Allen anerkannten Reichsverfassung ihren Ausdruck erhalten haben. Im Angesichte dieser Befürchtungen, deren Eintreffen eine gütige Vorsehung von uns abwenden wolle, drängt es uns, mit Offenheit die Versicherung auszusprechen, daß wir dem Versuche einer Gefährdung der durch die Reichsverfassung erworbenen Rechte, sowie einem Angriffe auf unsere constitutionelle Regierung, welche gleichmäßig das Vertrauen des Staatsoberhauptes wie der Staatsbürger besitzt, so viel an uns ist, entgegentreten werden. Je schwieriger die politischen Zustände geworden, mit desto größerer Entschiedenheit hat unsere Regierung für die Reichsverfassung gewirkt, und sie wird auch, wie wir zuversichtlich hoffen, treu ihrer Versicherung, die große Sache der deutschen Freiheit und Einheit zu fördern nicht aufhören. Das Volk wird einer solchen Regierung stets mit Treue, Muth und Kraft zur Seite stehen und, wo es ihre Unterstützung gilt, selbst Gefahren und Opfer nicht scheuen. Ihr wird es auch „in den Reihen der Bürgerwehr wie im Heere an Vertheidigern nicht fehlen,“ und ihr Vertrauen zu den Mitbürgern wird seine volle Rechtfertigung finden. Mit diesen Gesinnungen begrüßen wir jene Ansprache des Ministeriums und seinen Entschluß: in der Stunde der Gefahr auf seinem Posten verharren, das Gesetz handhaben und der Gewalt widerstehen zu wollen. In diesem Streben werden auch wir, die Vertreter der Gemeinde, wie die Volkswehr und die gesammte Bürgerschaft, ihrem

Beispiele folgen und das Unfrige dazu beitragen, daß im Vaterlande wie in unserer Gemeinde Ruhe und Friede, Gesetz und Ordnung fortbestehen, und das Unglück ferngehalten werde, wozu uns Gott verhelfen möge!

— Aus Stuttgart vom 24. Mai wird der Kölnischen Zeitung berichtet: Trotz aller Besorgnisse, welche man seit den Vorfällen in Baden über Ruhestörungen in unserm Lande von vielen Seiten äußern hörte, ist bis jetzt noch nirgend etwas eingetreten, was jene Besorgnisse hätte rechtfertigen können. Einige Unordnungen, welche gestern von mehreren einberufenen betrunkenen Soldaten hier in einigen Wirthshäusern verübt wurden, gingen so ohne alle Folgen vorüber, daß wir durchaus kein Gewicht darauf legen wollen. — Der für Baden ernannte Reichscommissar Zell war in diesen Tagen in unserer Stadt und hatte mit dem Staatsrath Römer über die badischen Verhältnisse Conferenzen. Wie wir hören, hat Hr. Zell geäußert, daß, falls die württembergische Regierung die Festung Rastatt mit ihren Truppen besetzen wolle, von Seiten Badens diesem nichts entgegenstehe, dessen gegenwärtige Regierung vielmehr bereit sein werde, in diesem Fall alle badischen Truppen aus Rastatt herauszuziehen. Außerdem soll Hr. Zell im Namen der provisorischen Regierung in Baden den Wunsch ausgesprochen haben, der König von Württemberg möge die badische Armee reorganisiren. Zu dem Ende sollten alle württembergischen Truppen bis zur vollendeten Reorganisation nach Baden rücken, dagegen alle badischen Truppen nach Württemberg beordert werden. Der eigentliche Zweck dieses Reorganisationsvorschlages liegt so klar zu Tage, daß wenig Scharfsinn dazu gehörte, um ihn, als mit den Interessen unseres Landes nicht verträglich, zurückzuweisen. Ob, wenn man auf diesen Vorschlag hätte eingehen wollen, die badische Armee reorganisirt würde, wollen wir nicht entscheiden; daß aber dadurch die Unruhe in Baden desorganisirt werden würde, bezweifeln wir nicht. — Seit einigen Tagen ist das fremde Proletariat in unsern Straßen wieder sehr zahlreich vertreten, und wenn man auf Gerüchte ein Gewicht legen wollte, dürften wir in den nächsten Tagen noch größern Zugug von diesen Gästen erwarten, indem man in Baden beabsichtigen soll, das dortige Zwiesel in diesem Artikel uns aus nachbarlicher Freundschaft zu überweisen.

Ludwigsburg, 25. Mai. Das hiesige Tagblatt enthält folgenden Bericht: Gestern Abend fand hier auf dem Exercirplatz eine Soldatenversammlung aller hiesigen Waffengattungen statt, deren Zahl man gegen 1600 Köpfe schätzte. Zweck derselben soll Besprechung dienstlicher Verhältnisse und Erklärung des Festhaltens an der Reichsverfassung gewesen sein. Die Bemühung höherer Offiziere zur Aufhebung der Versammlung war vergeblich. Der Gouverneur, Generalmajor v. Troyst, welcher herbeigeeilt war, soll nach Auseinandersetzung der friedlichen Absichten Erlaubnis zur Abhaltung der Versammlung gegeben haben. Er machte natürlich sogleich Anzeige beim König, und nicht lange darauf erschien der König zu Pferde mitten unter den Versammelten, sie ungefähr folgenderweise anredend: „Soldaten, Württemberger, was thut ihr hier? Wollt ihr euch gegen euern König empören, wollt ihr den Soldaten in Baden nachahmen, die ihren Fürsten treulos verlassen haben? Das könnt, das werdet ihr nicht thun!“ Hierauf erfolgte eine Erklärung, daß die Versammelten so etwas nicht beabsichtigten, sondern nur die Absicht hätten, sich friedlich über ihre Angelegenheiten zu berathen. Als der König nähere Auskunft verlangte, traten zwei Soldaten des 1. und 8. Infanterieregiments vor den König und brachten unter Versicherung unveränderter Hochachtung und Hingebung mit bescheidenem Mund übereinstimmend gesagt wurde) Beschwerden und Wünsche derselben vor, ungefähr dahin gehend: Die öftern Einberufungen verursachten den Beurlaubten unerschwingliche Geldopfer und Zeitverlust; das Exerciren komme bei schon länger gedienten Leuten zu häufig vor; bei Ausmärschen möchte der Mannschaft der Grund mitgetheilt werden; seien sie auch weit entfernt, sich die Vorgänge im badischen Militair zur Richtschnur zu nehmen, so seien sie doch auch nicht gemeint, sich gegen ihre Mitbürger oder ein Volk verwenden zu lassen, welches die Reichsverfassung anerkannt habe und solche durchführen wolle. Die Sprecher sollen ferner gesagt haben, wenn der Soldat ausgedient und seine Uniform abgelegt habe, so trete er ja selbst wieder in das Volk zurück, dem er angehöre. Der Sprecher soll sich auf die badischen Militairvorfälle, denen er selbst beigewohnt, und welche er abschreckend genug gefunden, in dieser Beziehung bezogen und gesagt haben, er habe selbst einem bedrohten badischen Offizier den Degen wieder umgehängt.

Der König soll erwidert haben: er habe die Reichsverfassung anerkannt und werde sie auch halten, es freue ihn, ihre Gesinnung kennen gelernt zu haben, er (der Sprecher) sei ein braver Soldat, und er reichte demselben hierauf seine Hand. Noch ist zu erwähnen, daß eine ungetheilte feindselige Stimmung sich gegen Preußen in der Versammlung aussprach. Die Erzählungen über den ganzen Vorfall sind sehr verschieden, und die Richtigkeit der einzelnen Details läßt sich nicht verbürgen; dem Sinne nach wird aber unser Bericht so ziem-

lich das Wahre gegeben. — Diesen Vormittag mußte das 1. Infanterieregiment vor dem König ausdrücken. Der König soll die Frage an das Regiment gerichtet haben, wenn er sich an die Spitze seines Heeres stellen würde, ob er sich dann auf ihre Treue und Hingebung verlassen könnte? worauf die Antwort erfolgte: daß Alle mit dem letzten Blutstropfen dafür einstehen, wenn es nicht gegen Verfassung und die Beschlüsse der Nationalversammlung sei, wenn der König in dieser Beziehung mit dem Volke gehen werde.

Karlsruhe, 27. Mai. Die folgenden beiden Bekanntmachungen sind für die Zustände hier zu Lande bezeichnend: 1. Im Namen des regierenden Landesausschusses. An die sämtlichen Amtsbezirke des Mittelrheinkreises, Oberrheinkreises und Seelkreises. Da laut Decret des regierenden Landesausschusses die Mobilmachung des ersten Aufgebots, bestehend aus allen ledigen Männern und kinderlosen Witvern von 18 bis 30 Jahren, beschlossen ist, so bestimmt das Kriegsministerium für Baden, daß diese Mannschaft innerhalb zwei Mal 24 Stunden sich in den betreffenden Bezirksstädten zu versammeln habe. Alle Gemeinden sind aufgefordert, bei Vermeidung der nachtheiligen Folgen gegen die Zuwiderhandelnden, die bestimmte Mannschaft mit der nothwendigen Kleidung zu versehen, alle vorräthigen Waffen (Schießgewehre und Sensen) der Mannschaft abzugeben, und sie in die betreffende Bezirksstadt zu senden. Die Bezirkscommissare werden beauftragt, für die nöthigen Anstalten über die Einquartierung und Verpflegung der in der Bezirksstadt und den nächstgelegenen Dörfern einzuquartierenden Wehrmänner Sorge zu tragen und die sämtliche Mannschaft einem einzigen militairischen Oberanführer unterzuordnen. Der Civilcommissar des resp. Kreises wird alsdann sogleich eine Inspection in den verschiedenen Bezirken vornehmen und auf den Vollzug der gegebenen Vorschriften strengstens achten. Findet das Kriegsministerium für nöthig, eine Zusammenziehung dieser in den verschiedenen Bezirken gesammelten Mannschaften anzuordnen, so geschieht dieses auf besondern Befehl. Sollten sich in einzelnen Städten und Bezirken schon größere Massen organisiert haben, so bleiben dieselben in den gebildeten tactischen Körpern vereinigt, der Commandant derselben hat aber sogleich über die Stärke und Stellung der ihm untergebenen Truppen Bericht an das Kriegsministerium in Karlsruhe zu erstatten. Karlsruhe, 26. Mai 1849. Der Kriegsminister-Stellvertreter: F. Siegel, Major.

II. Aufforderung. Mit jedem Tage enthüllen sich deutlicher die Umtriebe unserer Gegner, mit jedem Tage häuft sich ihre Schuld. Mehrere Offiziere, welche den Eid auf die Reichsverfassung und die Anordnungen des Landesausschusses geleistet haben, sind heimlich aus ihren Garnisonen entwichen. Ihre Absichten können nicht zweifelhaft sein; sie schmieden Verrath gegen die Sache des Volks. Andere, die mit ihrem Mannesworte gelobt haben, keine feindselige Handlung gegen unsere Bewegung unternehmen zu wollen, andere selbst die Verpflchtung aufliegt, sich nach Niederlegung ihrer Stelle unter das erste Aufgebot der Volkswehr einreihen zu lassen, befinden sich außerhalb Badens, verabreden sich mit unsern Feinden und treffen Anstalten zu unserer Bekämpfung. Sie brandmarken sich selbst als ehrlose Menschen, als strafwürdige Volksverräther. Wir fordern jede Behörde, die mit uns für die deutsche Sache einsteht, in und außerhalb unsers Landes auf, zur Vernichtung der treulosen Plane dieser Menschen nach Kräften beizutragen, auf dieselben zu sühnen und im Falle ihrer Habhaftwerdung sie an die betreffende Stelle abliefern zu wollen. Karlsruhe, am 26. Mai 1849. Der Landesausschuss. Kriegssenat: Struve, Peter, Ziegler, Cordel, Stark, Henneke.

Wie aus dem Organe des badischen Landesausschusses erhellt, wird die Verbreitung der Proclamationen des Großherzogs gerade so verhindert, wie in vormärzlicher Zeit die Verbreitung von den damaligen Gewalthabern misliebigen Schriften (die Proclamationen und Erlasse des Landesausschusses findet man dagegen selbst in ministeriellen norddeutschen Blättern mitgetheilt). Die Redefreiheit ist nicht minder unter demokratischen Belagerungszustand gestellt, und mit hämischem Wohlgefallen wird z. B. berichtet: Pfarrer Sprenger in Diehlheim bei Wiesloch hat es versucht, von der Kanzel herab das Volk aufzustacheln gegen den Landesausschuss, und hat die Soldaten, die zum Volke halten, für „Meineidige“ erklärt. Die wackern Bauern haben aber von diesen Pfaffenstreichen hierher Anzeige gemacht. Eine Abtheilung Volkswehränner wurde beauftragt, den Pfaffen einzufangen, welches sie glücklich ausführten. Se. Ehrwürden sitzen nun bis auf Weiteres auf dem hiesigen Brückenthore, wo sie Zeit haben, auf einen bessern Text für ihre Predigten zu studiren. Der Bericht über die Volksversammlung bei Lundenbach, wo das Militair einschritt, nachdem der zum Frieden mahnende Civilcommissar Prinz schändlich ermordet worden war (Nr. 148) lautet in der wahrheitsliebenden Karlsruher Zeitung: Am 24. Mai war eine zahlreich besuchte Volksversammlung bei Lundenbach. Die Deputation, welche die Volksversammlung in Erbach mit den angenommenen 16 offenburger Punkten nach Darmstadt geschickt, kam nicht zurück, an ihrer Stelle aber hessisches Militair, welches in der brutalsten Weise ohne Veranlassung auf das unbewaffnete Volk gehetzt wurde.

Karlsruhe, 25. Mai. Unsere Stadt bietet ein unerquickliches Bild. Zahlreiche Freischaren durchziehen in den buntesten Aufzügen die Straßen. Obwol wir einen baldigen Umschlag der Verhältnisse nicht für wahrscheinlich halten, so ist doch so viel sicher, daß Brentano und Fickler mit ihrer Partei alles Ernstes bemüht sind, jede Ueberstürzung zu verhindern und selbst solche Männer zu entfernen, welche

die Revolution auf die Spitze führen wollen, wie das Beispiel mit Bornstedt beweist. Aber ob die gemäßigten Revolutionäre sich werden halten können, das ist eine andere Frage. Schon jetzt scheint die polnisch-deutsche Legion, die sich in Karlsruhe bildet, einen überwiegenden Einfluß auszuüben, und täglich treffen immer mehr polnische Offiziere ein. Daß diese Leute sich nicht um die deutsche Reichsverfassung kümmern, ist einleuchtend. — Unsere Soldaten zeigen, wenn auch nicht gerade offene Reue, doch bemerkliche Umstimmung. Sie sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie mit den aus ihren Reihen gewählten Führern einen Kampf nicht wagen können; mehrere dieser improvisirten Offiziere wurden wieder abgesetzt und bei manchen Bataillonen sind kaum noch zwei bis drei der frühern Offiziere, da die meisten, welche den ersten Sturm überdauert und bei ihren Truppen geblieben waren, nach einander ihren Abschied nahmen. So haben wir denn ein Armeecorps, das in seinem Innern als völlig aufgelöst erscheint. (P. A. 3.)

Mannheim, 25. Mai. Heute Vormittag ging eine bedeutende Abtheilung des 3. badischen Infanterieregiments nach Kaiserslautern ab. (S. M.)

* **Von der badisch-hessischen Grenze, 26. Mai.** Dem Vernehmen nach hat der französische Gesandte, welcher bei der großherzogl. badischen Regierung beglaubigt war, Karlsruhe verlassen. In Baden besteht thatsächlich, wenn auch noch nicht dem Namen nach, eine socialistisch-demokratische Republik. Ueber den Ausgang, welchen die Wahlen zur constituirenden Versammlung am 3. Jun. nehmen dürften, ist indeß die socialistisch-demokratische Partei in einige Besorgniß gerathen; sie hält ihre Plane für gefährdet, denn die Stimmung und Ueberzeugung der großen Majorität der Bevölkerung ist keineswegs zu Gunsten der rothen Projecte; einige Führer dringen deshalb, wie verlautet, darauf, daß die socialistisch-demokratische Republik noch vor dem Zusammentritte der constituirenden Versammlung ausgerufen werde; man würde sich dann auf die Kraft der „vollendeten Thatsache“ verlassen, sowie auf die Prätorianer der socialistisch-demokratischen Legion, die man jetzt in Karlsruhe organisiert; den Kern dieser Scharen bildet die deutsch-polnische Legion, welche nunmehr in der Hauptstadt Badens ihr Hauptquartier aufgeschlagen hat, und deren Fahnen die Inschrift tragen: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Wohlstand für Alle! Der Wohlstand in Baden dürfte freilich, wenn es so fortgeht, bald nur noch für die socialistischen Republikaner, welche sich aller Stellen und Commandos bemächtigen, und vornehmlich für die zahlreichen polnischen und französischen Eindringlinge vorhanden sein, die sich in immer größern Haufen einfänden, um das badische Volk im Kampfe für die deutsche Reichsverfassung anzuführen! Noch niemals vielleicht hat eine Partei einen größern Mißbrauch mit einer ihr durchaus fremden Fahne getrieben! Es verbreitet sich das Gerücht, am 28. oder 29. Mai werde man in Karlsruhe die Maske ganz abwerfen, und ein französisch-polnisch-deutscher rother Congress der West und zunächst dem badischen und rheinbairischen Volke die Lehren des Socialismus als Gesetz, vor dem sich Alles zu beugen habe, decretiren; man wird zwar nicht die Anerkennung der französischen Regierung haben, doch hat man schon die Anerkennung Ledru-Rollin's und Kosfuth's in der Tasche.

Den Freischaren in Rheinbaiern scheint die Zeit lang zu werden; sie suchen sich die Langeweile durch kleine Ausflüge zu vertreiben. Gestern Abend kam, wie man hört, eine Colonne Freischärler von Ludwigshafen nach Worms und schickte ihre Plänkler sogar bis Osthofen; doch sollen sie keineswegs Lust haben, die in Oppenheim stehenden preussischen Truppen anzugreifen. Sie werden sich wahrscheinlich darauf beschränken, in Worms zu wiederholen, was sie vor einigen Tagen schon dort gethan; da erschien nämlich Nachts um 2 Uhr in Worms eine 1800 M. starke Freischärlercolonne, nahm Quartier bei den Einwohnern und zog am Morgen wieder in die Pfalz zurück, nachdem sie bei der städtischen Behörde ein freiwilliges Darlehen von 1200 Fl. und bei einzelnen Notabeln ebenfalls freiwillige Darlehen von je 400 Fl. zum Besten der guten Sache erhoben hatte. — Im Großherzogthum Baden ist jetzt die Einsammlung von freiwilligen patriotischen Gaben im Gange; so wurde Hr. Bassermann, Vater, in Mannheim veranlaßt, eine freiwillige Gabe von nur 2000 Fl. auf dem Altar des Vaterlandes niederzulegen. Die Sammlung wird sich wahrscheinlich noch öfter wiederholen, da man die Staatskassen schonen will!

Warmstadt, 27. Mai. Sicherm Vernehmen nach ist seit gestern Abend die Passage an der badischen Grenze so stark gehemmt, daß nicht einmal der Nachts von Heidelberg kommende Postkarren durchgelassen wurde. — Der Ortsvorstand der Gemeinde Auerbach erklärt öffentlich, daß er die auf den 29. Mai anberaumte Volksversammlung in Auerbach weder unter freiem Himmel, noch in einem geschlossenen Raum abhalten lassen wird. (Drst. 3.)

— Von **Sanau** aus wird der Nachricht, als ob von dort über 100 Bewaffnete den Badensern zu Hülfe gezogen seien (Nr. 147), aufs Bestimmteste widersprochen.

Rückf
strenge
der H
bereits
greifen
Haltun

Strom
ter W
asmus
bald o
lung er
verfü
verpfl
gen. 2
Verfas
3) Die
der M
schließt
Pflicht
Dazu
für Dr
wehren

den. 1
Massen
lagerun
Versam
Kampfe
meinen.
wie ver
fängnis
durch d
Zunehr
Der W

+ H
daß ma
Angeleg
Was b
auch ni
als von
renz zu
bunde,
sein mö
Proclam
ohne da
phezei
jetzt zw
subalter
daß unt
alle Für
nicht ju
illegal r
fungswe
fischen
Deutsch
österreich
strebt ist
England

Kü
stehender
migung
commissio
tragen.
Landesth
rige amt
beständig
vergönnt
nach in
ihnen ein
die Woh
trete in
nung, w
einheimis
Kampfes
und herr
Verfassun
und ihre
geltend r

Hannover, 27. Mai. Aufrichtige Freunde des entschiedenen Rückschritts aus Hannover werden sich in diesen Tagen unter der Hülle strengen Geheimnisses in Hamburg zusammenfinden. Mehrere Bewohner der Hauptstadt und verschiedene Gutsbesitzer aus den Provinzen sind bereits abgereist. Zweck des Congresses sind die gegenwärtig zu ergreifenden Maßregeln und Verabredungen, wie die Stimmung und Haltung des Landes zu bekehren sei. (3. f. Nö.)

Schwerin, 23. Mai. In der Volksversammlung zu Güstrow (Nr. 146) waren auch Kammermitglieder zugegen, und ihr zweiter Vicepräsident, Benzlaff, übernahm den Vorsitz. Die von dem Enthusiasmus einiger jugendlichen Redner fortgerissene Versammlung einigte sich bald ohne lange Debatten über folgende Punkte: 1) Die Volksversammlung erkennt die von der deutschen Reichsversammlung beschlossene und verkündigte Reichsverfassung als endgültig für ganz Deutschland an und verpflichtet sich, dieselbe mit Leib und Leben, Gut und Blut zu vertheidigen. 2) Die Einzelregierungen sind demnach den zur Durchführung dieser Verfassung gefassten Beschlüssen der Reichsversammlung unterworfen. 3) Die Volksversammlung erklärt die Nichtbefolgung der Beschlüsse der Reichsversammlung für Hochverrath. 4) Die Versammlung beschließt in Verfolg ihres ersten Beschlusses, daß es die dringendste Pflicht sei, sich zu bewaffnen und Volkswehren überall zu errichten. Dazu soll ein Volkswehrausschuß von Fünfen eingesetzt werden, der für Organisation und Centralisation sämmtlicher mecklenburgischer Volkswehren sorgen soll. (D. 3.)

Preußen.

Berlin, 28. Mai. Etwas Neues von Belang ist nicht zu melden. Die Ueberzeugung gewinnt immer mehr Boden, daß die kürzliche Massenverhaftung lediglich wegen Vergehen gegen die Gebote des Belagerungszustandes erfolgt ist. Die Verhafteten sollen wiederholt Versammlungen gehalten haben, theils zur Organisation des Wahlkampfes, theils zur Befestigung der demokratischen Partei im Allgemeinen. Bestimmte Verletzungen der positiven Strafgesetze sollen ihnen, wie versichert wird, nicht zur Last fallen. Die Behandlung in den Gefängnissen ist milde, die Beschränkungen sind keine andern als die durch die Localitäten gebotenen. Eine natürliche Folge hiervon ist das Zunehmen der Beschränkungen mit den Massen der Gefangenenzahl. Der Apotheker Bernard ist der Haft entlassen worden. (Lit. Nachr.)

Berlin, 28. Mai. Es war jedenfalls ein unglücklicher Gedanke, daß man hier bei den Conferenzen unter der Firma „in deutschen Angelegenheiten“ das Schema der frankfurter Verfassung beibehielt. Was bisher über den Gang dieser Conferenzen bekannt geworden, ist auch nicht genau. So ist z. B. der österreichische Gesandte nicht erst, als vom Unterzeichnen die Rede war, sondern nach der ersten Conferenz zurückgetreten, weil seine Instruktionen allerdings einem Sonderbunde, mit dem man hier die deutsche Einheit beginnt, nicht günstig sein mögen. Uebrigens sagt man hier von einem Tage zum andern die Proclamation der modificirten preussisch-deutschen Verfassung voraus, ohne daß bis jetzt etwas daraus geworden wäre. Möglich, daß diese Propezeierungen nur kühne Griffe im Style der „Deutschen Reform“ sind, die jetzt zwei Mal nach einander ihre Behauptungen verschlucken mußte. Ein subalterneres Kauderwälsch als die Behauptung derselben: „Wir hoffen, daß unter Preußens kühnem Vortritte der gute Genius des Vaterlandes alle Fürsten zur Eintracht führen und so auf dem friedlichen, wenn auch nicht juristisch legalen Wege des völkerrechtlichen Vertrags (also einem illegal völkerrechtlichen) zwischen den einzelnen Staaten das Verfassungswerk vollendet werde.“ Den Puff mit der nicht existirenden russischen Note habe ich schon erwähnt. Rußland bedroht das hiesige Deutschland höchstens indirect dadurch, daß es die Auflösung der österreichischen Monarchie und die Herstellung Polens zu hindern bestrebt ist, und etwa, indem es den dänischen Krieg im Vereine mit England, Frankreich und Schweden beigelegt wissen will.

Königsberg, 25. Mai. Die Königsberger Zeitung enthält nachstehenden Erlaß des neuen Oberpräsidenten: Mit Allerhöchster Genehmigung Sr. Maj. des Königs hat das königl. Staatsministerium mir die commissarische Verwaltung des Oberpräsidiums der Provinz Preußen übertragen. Diesem Rufe bin ich gern und freudig gefolgt, weil er mich einem Landestheile wieder zuführt, dem ich durch Geburt, Erziehung und vielsährige amtliche Wirksamkeit angehöre, und an dessen Wohl und Wehe ich beständig und in allen Verhältnissen den lebendigsten und, so weit es mir vergönnt war, auch den thätigsten Antheil genommen habe. Ich trete demnach in die Mitte meiner geliebten Landsleute mit dem redlichen Willen, ihnen ein treuer Beistand zu sein, ein Führer und Helfer in Allem, was die Wohlfahrt des Landes zu begründen und zu fördern vermag; aber ich trete in diesen Wirkungskreis auch mit der festen Zuversicht, daß die Gesinnung, welche, so lange ich denken und urtheilen kann, in unserm Preußen einheimisch war, und die sich nicht blos in den Jahren der Noth und des Kampfes für das theure Vaterland, sondern auch in spätern Zeiten so groß und herrlich bewährt hat, noch heute darin lebt, ja, daß heute, wo die Verfassung die Rechte des Landes schützt, wo die Vertretung des Volks sie und ihre Fortentwicklung verbürgt, mehr als je der Wahlspruch sich hier geltend machen werde: Die Furcht vor Gott, die Treue für den König,

die Achtung vor dem Gesetz und die Begeisterung für alles Edle und Große! Königsberg, 24. Mai 1849. Der Staatsminister und Oberpräsident, Flottwell.

Oesterreich.

Wien, 26. Mai. Der Kaiser ist gestern Morgen um 5 1/2 Uhr in Begleitung des Generalmajors Grafen Grünne aus Warschau wieder in Wien angelangt. Der Ministerpräsident kehrte bereits vorgestern hierher zurück. (Bl.)

— Um die k. k. Armee in ihren Bedürfnissen sicher zu stellen und vor Vertheuerung zu wahren, sind dem Bernehmen nach zwei Drittheile der in Presburg und Wieselburg lagernden Getreidevorräthe gegen entsprechende Vergütung in Requisition gesetzt worden. — Es hieß, daß Kaschau von den k. k. und Hermannstadt von den russischen Truppen besetzt worden sei. — An der Börse war heute abermals das Gerücht von der Einnahme Ofens verbreitet, fand aber wenig Glauben, da man mit gleicher apodiktischer Gewissheit Dasselbe vor acht Tagen gesagt und sich dennoch enttäuscht gefunden hatte. Lesen wir doch in der heute hier angelangten Kölnischen Zeitung alle Details jener Einnahme sammt und sonders erlogen. (*)

Wien, 26. Mai. Auf den heutigen Tag, hieß es, sollte ein allgemeiner Angriff auf der ganzen Linie stattfinden. Im Allgemeinen schlägt man die Russenhülfe als zu mächtig an, um an einen allzu sehr verlängerten Kampf zu glauben, zumal die Thronsetzung den jetzigen Regierungsmännern manche frühere Anhänger abwendig gemacht hat. — Von einer Getreidenoth ist hier durchaus nichts zu verspüren und Korn vielmehr war an der heutigen Schranne billiger zu haben. Seit mehren Tagen wird eine sehr strenge Ueberwachung der hiesigen Einwohnerschaft bemerkbar, und mehre Personen haben Vorforderungen erhalten, um sich über ihr Thun und Treiben auszuweisen. Auch ist eine neue, sehr strenge Conscription der Hausbewohner Wiens unter Zuziehung der Vertrauensmänner der Bürger angeordnet.

— Die Wiener Zeitung vom 26. Mai theilt heute den gestern erwähnten Aufruf von dem Kaiserhause treuen ungarischen Adelligen mit. Es heißt darin unter Anderm: Die Erfahrung hat gelehrt, daß die gänzliche Bezwingung der Revolution (außer durch fremde Dazwischenkunft) ohne die Beihülfe der ungarischen Elemente (das heißt: die Reorganisation der abgefallenen ungarischen Regimenter) nicht erzielt werden konnte. Hätte die Mehrzahl unserer Landsleute ihre Pflicht, hätten die Befehlshaber ihren Vortheil verstanden, so würden sie durch Errichtung von Freicorps und durch selbständiges Eintreten in die k. k. Armee die obangeführte versäumte Maßregel zu ersetzen gesucht haben. Graf Stephan Szirmay war der Einzige des ungarischen Adels, welcher begriff, was dem Interesse des Landes für jetzt und für die Zukunft frommen müsse. Die Gutgesinnten fanden hundert Vorwände, die Hände in den Schooß zu legen, und schämten sich nicht, die Befreiung aus Kossuth's Joch nur von fremder Macht zu erwarten. Sie waren dessen nicht eingedenk, daß „wer ärnten will, auch säen muß“ eine Wahrheit sei. ... Nun ist ein Augenblick, und zwar der letzte, eingetreten, in dem sich die Gelegenheit darbietet, wenigstens noch einen Theil jener Vortheile zu erringen und jene Habe zu erhalten, welche man dazumal so leichten Kaufes hätte erlangen und ganz hätte retten können. ... Sich auf irgend eine Art, sei es nun eine mittel- oder unmittelbare, zur Vernichtung einer verbrecherischen Umsturzpartei zu vereinen, gebietet Ehre und Pflicht. Die Erlaubniß und Unterstützung zur Ausführung dieses, das allgemeine Wohl betreffenden Zweckes ist uns durch Sr. Maj. Regierung zugesichert worden. Möge diesem Aufrufe der nöthige Anklang nicht fehlen. Die Ungarn können nun zeigen, daß die durch den Terrorismus dictirten Revolutionsideen in ihnen den ehemals so hoch gestandenen Sinn für Pflicht, Ehre und Recht zu vertilgen nicht vermochten. Jeder, dem sein Herz über die Freigheit des Jahrhunderts, fürs Gute thätig aufzutreten, mit Ingrimme pocht, und der sich sagt: wenn auch Alle zögern, ich zögere nicht! der vereine sich mit uns; und der selbst nicht kommen kann, sende einen verlässlichen und tapfern Mann und opfere Geld oder Geldeswerth, oder gebe ein Pferd; und es bilde sich eine ungarische Legion, Municipalgarde, oder wie man sie sonst nennen mag. Alle Jene, welche Reizung fühlen, den Keim eines derlei gemeinnützigen Unternehmens ins Leben treten zu lassen, werden dringend eingeladen, am Pfingstsonntage, als den 27. Mai d. J., 10 Uhr Vormittags, zu einer Verständigung über die Art und Weise der Ausführung im presburger Comitathause sich versammeln zu wollen. ... Graf Moriz Palffy. Sr. Karl Apponyi. Joh. B. Gr. v. Batthyany. Jos. Gr. Sziraky. Fr. Gr. Bichy. Sr. Fr. Dezasse. Fr. Gr. Teleky. Paul Gr. Bichy. Ant. v. Kucsera. M. v. Janko. Brin. Wohlgenuth geb. Sztrada. Gräfin Antonia Esterhazy geb. Schröfl. Nagy Ignaz. Gräfin Vict. Reglevich. Gräfin Julie Hunyady. Rosine Gräfin Esterhazy. Alois v. Vital. Gräfin Karoline Erenneville geb. Esterhazy. Aug. Gr. Forgach. Sr. Leopold Palffy. Sr. Otto Chotek.

Presburg, 24. Mai. Der Uebergang der Kaiserlichen über die Waag bestätigt sich. Die Ungarn haben sich fast überall zurückgezogen, und die Kaiserlichen sind in Scered, Tapolsan, Neustadt und Neutra. Von bedeutenden Gefechten in jenen Gegenden hört man nichts, obschon die Ungarn in fast unglaublicher Anzahl sich in den nordwestlichen Comitaten zusammengezogen haben. Die meisten Punkte der Schüttinsel sind ebenfalls in den Händen der Kaiserlichen, und nur die nächsten Ortschaften um Komorn beherbergen noch die Insurgenten. (E. Bl. a. B.)

— In **Presburg** ist über die Hinrichtung des **Petőcz** folgende Kundmachung erschienen: **Georg v. Petőcz**, aus **Ebersdorf** in der **Schütt**, **presburger Comitats** gebürtig, 44 Jahr alt, katholisch, verheirathet, zweiter Vicegespan des hiesigen Comitats, wurde im Laufe der mit ihm abgeführten kriegsbrechlichen Untersuchung bei gesetzlich erhobenem Thatbestande rechtsbeständig überwiesen, im Laufe dieses Monats die in der untern **Schütt** unter **Commando** des **Obersten Kostolanyi** vorgebrungenen Insurgenten durch **Repartition** an die **Dorfschaften** theilweise verpflegt, für solche die **Stellung** eines **Rekrutencontingents** von 111 M. angeordnet und seinen unterstehenden **Magistratualen** auch schriftlich die **Besorgung** von **Kundschaftsnachrichten** empfohlen zu haben. Dieses **Affentgeschaf** hatte zur Folge, daß die **gestellten Rekruten** sogleich zur **ungarischen Fahne** beiebet und nach **Komorn** entsendet wurden. **Georg v. Petőcz** ist daher nach den bestehenden gesetzlichen Normen, wegen **factischer Theilnahme** an **Hochverrath**, mittels **Urteil** vom 23. d. M. seiner **Vicegespanstelle** entsetzt und zum **Tode** durch den **Strang** verurtheilt, dagegen dessen **Gesamtvormögen** einstweilen, und bis zur **Ermittelung** der **Entschädigungsziffer** mit **Sequester** belegt worden; welches **Kriegsrechtsurteil** mit der **Abänderung** der **Todesstrafe** des **Stranges** in jene des **Erschießens** die **Bestätigung** erhielt und am heutigen Tage in **Vollzug** gesetzt worden ist. **Presburg**, 24. Mai 1849. Von der k. k. **Militairuntersuchungscommission**.

Lemberg, 21. Mai. Seit dem 13. Mai sind hier gegen 31,000 M. russischer Truppen, darunter 5600 M. leichter Cavalerie mit 76 Kanonen, in der Richtung nach **Przemysl** durchmarschirt; andere 20,000 M. Infanterie mit 36 Kanonen werden erwartet. Noch am 13. Mai Morgens wollte der anti-österreichische Theil des hiesigen Publicums an die russische Hilfe nicht glauben. Bald war diese durch eine **Revolution** in **Rußland** selbst, bald durch ein energisches **Beto** Englands verhindert; kaum zeigten sich aber die ersten Russen, als man das über **Krakau** eingerückte **Corps** bei **Jordanow** aufgerieben, ein zweites **Corps** bei **Orsowa** durch **Bem** aufs Haupt geschlagen sein ließ. Der eigentliche Zweck dieser Lügen, die revolutionaire Partei bei gutem Muth zu erhalten, ist augenfällig. (U.)

Semlin, 19. Mai. Der **Banus** soll gestern, nachdem er zur **Bermehrung** des **Geschüzes** bei **Mol** und **Kamenitze** 14 Kanonen von großem Kaliber vorausgeschickt hatte, in **Karlowitz** eingetroffen sein und wird hier erwartet. Die Truppen gehen massenhaft bei **Surdul** über die **Donau** nach dem **Banat**. Vorgestern marschirten 4000 M. von der **Armee** des **Banus** dahin. (U.)

— Der im **Banat** commandirende **F. M. E. Thodorovich** und der **Festungscommandant** von **Esseg**, **F. M. E. Trebersburg**, wurden pensionirt. Das **Festungscommando** von **Esseg** erhielt der pensionirte **G. M. Victor**. (Wbd.)

Triest, 23. Mai. Zuverlässigen Mittheilungen zufolge wird der **Hauptangriff** auf **Malghera** erst am 26. Mai beginnen, bis zu welchem Tage die dritte **Parallele** vollendet sein wird. — Die beiden französischen **Kriegsdampfer** **Panama** und **Pluton** haben gestern **Abend** unsere **Rhede** verlassen. Ersterer ging nach **Ancona**, letzterer nach **Venedig**, woselbst noch immer der **Solon** weilt, von dem er **Depeschen** entgegennimmt. (U.)

Venedig, 18. Mai. So sehr man sich bemüht, die **Aufmerksamkeit** der **österreichischen Kreuzer** zu täuschen und durch **griechische** und **römische Barken** **Lebensmittel** einzuschmuggeln, so beginnt doch der **Mangel** an **Leutern** äußerst empfindlich zu werden. Besonders fehlt es an **Fleisch** und **Mehl**. Die geringen **Getreidevorräthe** sind bei dem **Mangel** an **Mühlen** fast unbrauchbar. Die **Blockade** ist seit einigen Tagen durch die **Verstärkung** der **österreichischen Flotille** mittels bewaffneter **Trabakel** und **einmastiger Schifferbarken** noch wirksamer geworden. (U.)

— Nach **F. M. Radezky's** summarischem Bericht beträgt der **Gesamtvverlust** der k. k. **Armee** in dem letzten **sardinischen Feldzuge**: todt 1 **Stabs-** und 15 **Oberoffiziere**; verwundet 2 **Generale**, 7 **Stabs-** und 114 **Oberoffiziere**; vermisst 1 **Oberoffizier**; gefangen 3 **Oberoffiziere**; vom **Feldwebel** abwärts **Todte** 467, **Verwundete** 2013, **Vermisste** 1070, **Gefangene** 86. Viele der **Vermissten**, die theils gefangen, theils **versprengt** worden waren, sind jedoch seit jener **Zählung** wieder zurückgeführt. (Wbd.)

Stalien.

Turin, 19. Mai. Heute verbreitet sich allgemein das Gerücht, dem **Marquis Costa v. Beauregard** sei das **Portefeuille** der auswärtigen Angelegenheiten übertragen worden, und der bisher damit betraute **Ritter Tappazelli** werde nur die **Präsidentenschaft** des **Minister-raths** behalten. (U.)

Die **Regierung** hat beschlossen, den **Freihafen** von **Genua** noch zu erweitern und zu diesem Behufe das **Kriegsarsenal** in den **Golf** von **Spezia** zu verlegen. Die geräumigen **Magazine** des **Arsenals** sollen zu **Waarendepots** eingerichtet werden.

Florenz, 16. Mai. Der **Monitore Toscano** erklärt in seinem nichtamtlichen Theile, daß der **Großherzog** die **österreichische Intervention** in seinen **Staaten** nicht begehrt hat.

Rom, 19. Mai. **Genueser Blätter** melden den **Tage** zuvor erfolgten **Abschluß** eines **achtstägigen Waffenstillstandes** mit den

Franzosen behufs der **Unterhandlungen**. Es hieß, **Mazzini** selbst sei einer **Restauracion** des **Papstes** unter **Garantien** nicht mehr entgegen. Ueber den **Erfolg** der neuen **Expedition** gegen die **Neapolitaner** liefen nur **widersprechende Gerüchte** um. Der **Monitore Toscano** vom 20. Mai will sogar wissen: die **Franzosen** seien ruhig in **Rom** eingezogen und **Mazzini** sei **verhaftet**.

— Mit dem **Dampfschiff Veloce** sind in **Marseille** **Nachrichten** aus **Rom** vom 18. Mai angelangt: Der **Bevollmächtigte** der **französischen Republik**, **Hr. v. Lesseps**, kam in **Rom** am 15. Mai **Abends** an und setzte sich unverzüglich mit den **Nachhabern** in **Verbindung**. Er bot ihnen einen **Waffenstillstand** an, nach der **«Presse»** auf 14 Tage, und verlangte die **Ernennung** einer **Commission** von drei **Mitgliedern**, um sich mit ihnen und **General Dubinot** über die **Grundlagen** einer **Lösung** der vorhandenen **Schwierigkeiten** zu berathen. Der **Dictator Mazzini** legte diese **Vorschläge** der **constituirenden Versammlung** vor, die sie einstimmig annahm und in die **Commission** die **H. Sturbinetti**, **Dudinot** und **Cernuschi** wählte. Letzterer ist **Präsident** der **Barricadencommission**. Nach neun **Conferenzen** mit den **Triumvirn** und mehreren **Abgeordneten** reiste **Hr. v. Lesseps** am 17. Mai wieder, in das **Hauptquartier** und schickte **Hrn. Forbin Janson** mit **Depeschen** über die **erlangten Resultate** nach **Paris**. Die **Nachricht** von dem **Waffenstillstand** und die **Aussicht** auf eine **friedliche Lösung** hat in **Rom** **lebhafteste Freude** verursacht. Am 17. Mai **Abends** war ein **freiwilliges Fest** auf den **Strassen**, **Musik**, **Volksesänge** und **allgemeine Illumination**.

— Eine **Correspondenz** aus **Rom** vom 17. Mai im **National**, deren **Glaubwürdigkeit** wir dahingestellt sein lassen, gibt **Folgendes** als den **Wortlaut** der von der **französischen Regierung** an **General Dubinot** gerichteten **telegraphischen Depesche**: „Fahren Sie fort, zu **unterhandeln**; verschaffen Sie **Ihren Erklärungen** **Verbreitung**; lassen Sie die **Römer** wissen, daß Sie die **Neapolitaner** nicht **unterstützen** werden; versuchen Sie, in **Rom** **einzuweichen** mit **Bewilligung** der **Bewohner**; greifen Sie nicht an, außer wenn Sie des **Erfolges** gewiß sind.“

— Die **Gerüchte** von der **angeblichen Niederlage** der **Neapolitaner** bei **Balmontone** (Nr. 144) werden durch **nachträgliche glaubwürdige Meldungen** auf ihren **wahren Werth** zurückgeführt. Durch einen **versteckten Rückzug** der **feindlichen Vorhut** getäuscht, hatte nämlich **Garibaldi** sich mit seiner **Colonne** in einen **Hinterhalt** locken lassen, von wo er mit **Verlust** fast eines ganzen **Bataillons** den **Rückzug** nach der **Hauptstadt** eiligst antreten mußte. Es stellte sich daher heraus, daß die von ihm mitgebrachten **Waffen** seinen bei dem **unglücklichen Zug** **umgekommenen Gefährten** gehörten. **Briefe** aus **Albano** schätzen **Garibaldi's Verlust** auf **600 Todte** und **Verwundete**, die **Gefangenen** nicht mitgerechnet. (U.)

Frankreich.

Paris, 26. Mai.

Die **Nationalversammlung** hielt heute ihre **letzte Sitzung**. **Hr. Flocon** stellte einen **Antrag** auf **Amnestirung** aller wegen **politischer Verbrechen** **Verurtheilten**, die **Kammer** ging aber mit 286 gegen 281 **Stimmen** zur **Tagesordnung** über. Eine **Adresse** an das **Land** und an **Europa** wurde von der **Linken** **angeregt**, jedoch nicht **angenommen**. Man **begnügte** sich mit einem **Dank** an die **Nationalgarde** und die **Armee**, der **einstimmig votirt** wurde. Nachdem man noch **beschlossen** hatte, daß am 27. Mai **keine Sitzung** stattfinden sollte, verlas der **Präsident** der **Versammlung**, **Hr. Marrast**, eine **Rede**, in der er seinen **Collegen** für das ihm **bewiesene Wohlwollen** dankt und einen **Ueberblick** der **Arbeiten** der **Nationalversammlung** gibt. Die **Versammlung** trennte sich mit dem **Ruf**: Es lebe die **Republik!**

— Die **Mitglieder** der **gesetzgebenden Versammlung** halten morgen **Mittag** im **Saale** der **alten Deputirtenkammer** eine **vorbereitende Sitzung**, um ein **provisorisches Bureau** zu ernennen.

— Der **gestrige Moniteur** enthält folgende **Mittheilung**: Die **«Presse»** und die **Démocratie pacifique** enthielten in ihrer **gestrigen Nummer** **Artikel**, welche von **Verschwörungen** gegen die **Nationalversammlung** zum **Umstürze** der **Republik** sprechen. Die in diesen **Artikeln** erwähnten **Thatsachen** sind **gegenwärtig** der **Gegenstand** **gerichtlicher Untersuchung**. Die **Redacteurs** der **genannten Blätter** werden daher vor den **Untersuchungsrichter** **geladen** werden, um **Alles**, was sie **wissen**, **mitzutheilen** und **dadurch** zur **Entdeckung** der **Wahrheit** und **wo möglich** zur **Befragung** der **Schuldigen** **mitzuwirken**.

— Der **abgetretene Minister** des **Innern**, **Hr. Léon Faucher**, wird von der **Opposition** **beschuldigt**, auf **unerlaubte Weise** auf die **Wahlen** **eingewirkt** zu haben. Das **veranlaßt** den **Constitutionnel**, die **Summen** **zusammenzustellen**, welche die **verschiedenen Minister** des **Innern** seit **vorigem Jahre** von den **geheimen Fonds**, aus **denen Wahlintrigen** **bestritten** werden mußten, **verausgab** haben. Demnach hat **Hr. Duchatel** in 55 Tagen 255,867 Fr., **Hr. Ledru-Rollin** in 77 Tagen 841,807 Fr., **Hr. Récurt** in 37 Tagen 145,350 Fr., **Hr. Senard** in 106 Tagen 418,917, **Hr. Dufaure** in 66 Tagen 286,713 Fr., **Hr. Léon**

Faud
lin,
lung
Faud
ben
Depa
richti

nel
bei
aber
Verfa
Ciner
diese

däni
menen
ten d
diese
gonne
der d
verlass
verlan
bleibe

—
Mill.

—
F

eingeb
Das

—
Schaf
gaben
Sibtho

der M
noch v

Ps. S
heit sic

sprach
durch d

sich dar

—
in Un

die ihm
klar, d

dem S
mals in

reich un

zur Be

während

sicherlich

des eur

tigte, in

zu sehen

—
W

famml

ziehen

Rechte

sehr zah

nach me

die dem

Zu diese

neral Be

und der

zu haben

—
Lo

wieder in

Feuery

zwar zu

klarte m

und droh

Oberhau

tel erbt

mitglieds

Groly ist

collegium

Faucher in 136 Tagen 227,693 Fr. entnommen. Bei Hr. Ledru-Rollin, während dessen Amtsführung die Wahlen zur Nationalversammlung stattfanden, kommen also auf den Tag 10,933 Fr., bei Hr. Leon Faucher, der die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung verfälscht haben soll, 1637 Fr. auf den Tag. Ersterer schickte allerdings in alle Departements Commissare, um den Ausdruck des Volkswillens zu berücksichtigen, und die Wahl nichtrepublikanischer Abgeordneten zu verhindern.

Sieben Deputirte aus dem Elsaß, erzählt der Constitutionnel, trafen gestern mit der Nationalpost ein. Das Volk war erstaunt bei dem Anblick eines mit dreifarbigem Fahnen geschmückten Wagens, aber noch mehr über die sieben neuen Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung in Blousen und Freiheitsmützen oder rothen Barretten; Einer trug sogar einen großen Cavaleriefäbel. Hoffentlich werden sie diese Tracht bald ablegen.

Das Journal des Débats hebt hervor, daß sich Frankreich in der dänischen Angelegenheit nicht mit der von England angenommenen Vermittlerrolle begnügen dürfe. Frankreich und Schweden müßten die Stellung von Verbündeten und Garanten annehmen. Werden diese Mächte, fragt das Journal des Débats, das 1814 und 1815 begonnene Werk fortsetzen lassen? Wird der alte Verbündete Frankreichs, der damals das Opfer seiner Hingebung wurde, jetzt von den Mächten verlassen werden, deren wahres politisches und commercielles Interesse verlangt, daß das Gebiet des Hüters des Baltischen Meeres unverletzt bleibe? Dies können wir nicht glauben.

Der Baarvorrath der Bank belief sich am 24. Mai auf 331 Mill. Fr., der Notenumlauf mit 402 1/2 Mill.

Großbritannien.

London, 26. Mai.

Im Oberhause gelangte gestern eine vom Bischof von Oxford eingebrachte Bill zur Bestrafung der Kuppelerei zur zweiten Lesung. Das Haus vertagte sich hierauf bis zum 4. Jun.

Im Unterhause erklärte Lord J. Russell, daß der Kanzler der Schatzkammer die Zusammenstellung der Staatseinnahmen und Ausgaben wahrscheinlich Mitte Juni, aber nicht eher vorlegen werde. Oberst Sibthorp stellte einen Antrag auf Verminderung des Gehalts der Lords der Admiralität, zog ihn aber wieder zurück. Das Haus bewilligte noch verschiedene Summen des Kriegsbudgets, darunter 1,855,588 Pf. St. für die Kosten der activen Landarmee, bei welcher Gelegenheit sich Hr. Osborne für die Errichtung eines Kriegsministeriums aussprach und gegen den Gebrauch eiferte, die Bekleidung der Soldaten durch die Obersten der Regimenter besorgen zu lassen, und vertagte sich dann bis zum 31. Mai.

Der ministerielle Globe sagt über die russische Intervention in Ungarn: Der Kaiser von Rußland zieht gegen Feinde zu Felde, die ihm bald im eignen Land entgegen treten würden; denn es ist sehr klar, daß der polnische Theil der gegen Oesterreich kämpfenden aus dem Siege die Kraft schöpfen würde, die Fahne des Aufstandes abermals in Polen aufzupflanzen. Indem der Kaiser von Rußland Oesterreich unterstützt, sind daher seine Operationen thatsächlich Maßregeln zur Vertheidigung seines eignen unrechtmäßig erworbenen Gebiets, während er zugleich Oesterreich vertheidigt. Unsere Sympathien sind sicherlich auf der andern Seite, aber wir kennen keine Bestimmung des europäischen Staatsrechts, welche Frankreich und England berechtigte, in der Intervention in Ungarn einen Angriff Rußlands auf sich zu sehen.

Vor einigen Tagen war in Birmingham eine Bürgerversammlung, um den gegenwärtigen Zustand Ungarns in Betracht zu ziehen und den Ungarn Sympathie für ihre Bestrebungen für die Rechte ihrer Unabhängigkeit auszusprechen. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht. Alderman Weston präsidirte, und man faßte nach mehreren Reden den Beschluß, der ungarischen Sache auf jede Art, die dem Einzelnen in einem neutralen Staate möglich ist, beizustehen. Zu diesem Zweck ist in Birmingham eine Subscription eröffnet. General Bem wohnte 4 Monate lang im „goldenen Löwen“ in Birmingham, und der Gasthof ist sehr stolz, einen so berühmten Gast beherbergt zu haben.

Lord Clarendon ist von seiner Reise nach London vorgestern wieder in Dublin angekommen. Eine Versammlung der Armensteuerpflichtigen in Belfast hat beschlossen, die Zuschußarmensteuer zwar zu bezahlen, aber mit Protest. Ehe die Steuer Gesetz war, erklärte man im Norden laut, sich ihrer Einfammlung zu widersetzen, und drohte fast mit Rebellion. Der Earl of Mayo, einer der im Oberhause sitzenden irischen Wahlpairs, ist gestorben. Güter und Titel erbt sein Neffe, Hr. Robert Bourker, Vater des Parlamentsmitglieds für Kildare. An die Stelle des verstorbenen Erzbischofs Croly ist Dr. Dixon, Professor der heiligen Schrift am Maynooth-collegium, zum katholischen Primas von Irland erwählt worden.

Die Bank hatte am 19. Mai einen Notenumlauf von 18,714,800 Pf. St. (240,760 Pf. St. weniger als vorige Woche) und einen Baarvorrath von 14,351,453 Pf. St. (43,658 Pf. St. mehr als die Woche vorher).

Wissenschaft und Kunst.

Stuttgart, 20. Mai. Gestern Abend feierte der Lieberkranz, unterstützt von dem Vereine für classische Kirchenmusik, das alljährliche Schillerfest.

* Konstantinopel, 10. Mai. Mit der Reparatur der Sophienmoschee geht es rasch vorwärts, und soll dieselbe bis zum nächsten Ramadan vollendet sein. Für den Sultan wird in derselben eine neue Tribune im byzantinischen Styl erbaut. Wie bekannt, waren alle Bilder u. aus früherer Zeit übertüncht. Jetzt hat man, indem man den Kalk wegschaffte, ein herrliches Mosaikbild entdeckt, vorstellend die Kaiser Konstantin und Justinian, der Erstere die Stadt Byzanz, der Letztere die St. Sophienkirche der heil. Jungfrau präsentirend, welche, die Mitte des Gemäldes einnehmend, mit dem Jesuskind im Arm auf einem Throne sitzt.

Handel und Industrie.

Frankfurt a. M., 26. Mai. Um den verderblichen Folgen vorzubeugen, welche der deutschen Industrie durch die momentan eingetretene, von Speculanten unpatriotisch ausgebeutete Schuglosigkeit der badischen Grenze erwachsen würden, wenn nicht schleunig für Wiederherstellung der Zollwachen gesorgt wird, hat der Ausschuß des Allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit zwei seiner Mitglieder nach Baden entsendet, um an Ort und Stelle die Thatsache der Auflösung der Zolllinie zu constatiren und die badischen Mitglieder des Vereins aufzufordern, sofort Maßregeln zu ergreifen, welche der erwachsenen Gefahr ein Ziel setzen. Dies zur Beruhigung der nicht mit Unrecht alarmirten deutschen Industriellen.

Börsenbericht. Leipzig, 29. Mai. Altona-Kiel 91 1/2 Br.; Berlin-Anhalt 78 1/2 Br.; Chemnitz-Riesa 19 Br.; Leipzig-Dresden 95 Br.; Ebbau-Bittau 14 Br.; Magdeburg-Leipzig 169 G.; Sächs.-Schlesische 72 1/2 G.; Actien der ehemal. Sächsisch-Baier. Eisenbahncomp. 77 1/2 G.; Anhalt-Deffauer Landesb. 101 1/2 Br.; Preuß. Bank-Antheile 88 1/2 Br. (L. S.-B.)

Amsterdamer Börse, 26. Mai. 2 1/2 pc. Int. 48 7/8; 4 pc. 75 3/8; Rußl. 5 pc. Hope 99 7/8.

Pariser Börse, 26. Mai. 5 pc. 83. 75; 3 pc. 53. 25; Blact. 2200; Span. 3 pc. 32 1/2; Nordb. 418. 75.

Wiener Börse, 26. Mai. Blact. 1118; Met. 5 pc. 89; 4 pc. 70 1/2; 2 1/2 pc. 46 3/4; 500 fl. L. 149; 250 fl. L. 91; Nordb. 96 1/2; Clogg. 95; Rail. 71; Livor. 62; Pesth. 62.

Leipziger Börse am 29. Mai 1849.

| Course | Anges. | Ge- | Staatspapiere, | Anges. | Ge- |
|------------------------------------|-----------|--------|--------------------------------------|---------|--------|
| im 14-Thaler-Fuss. | boten. | sucht. | actien | boten. | sucht. |
| | | | exclus. Zinsen. | | |
| Amsterdam | 143 1/4 | — | Königl. Sachs. Staats-Papier | — | 79 1/4 |
| pr. 250 Ct. fl. | — | — | a 3% im 5 v. 1000 u. 500 | — | — |
| Augsburg | 102 1/2 | — | 14 3/8 F. 2 kleinere | — | — |
| pr. 150 Ct. fl. | — | — | a 4% d. d. v. 500 - | — | 89 |
| Berlin pr. 100 | 99 1/4 | — | d. d. v. 500 u. 200 a 5% | 102 1/4 | — |
| Pr. Crt. | — | — | d. d. kleinere | — | — |
| Bremen pr. 100 | 112 1/4 | — | Kön. Sachs. Landrentenbriefe | — | 84 |
| L.ldr. a 5 | — | — | a 3 1/2% im 5 v. 1000 u. 500 | — | — |
| Bresl. pr. 100 | 99 1/4 | — | 14 3/8 F. 2 kleinere | — | — |
| Pr. Crt. | — | — | Act. d. eh. S.-Bair.-E.-C. bis Mich. | — | 77 1/4 |
| Frankfurt a. M. | 56 1/2 | — | 1855 a 4% später a 3% v. 100 | — | — |
| pr. 100 Fl. in S. W. | — | — | Königl. Preuss. Steuer-Credit- | — | — |
| Hamburg | 150 1/4 | — | Kassenscheine | — | — |
| pr. 300 Mk. Bco. | — | — | a 3% im 5 v. 1000 u. 500 | — | 79 1/4 |
| London | 6. 25 1/2 | — | 20 fl. F. 2 kleinere | — | — |
| pr. 1 Pfd. St. | 6. 25 1/2 | — | Leipziger Stadt-Obligationen | — | 91 |
| Paris pr. 300 Fros. | 81 1/4 | — | a 3% im 5 v. 1000 u. 500 | — | — |
| Wien pr. 150 fl. | 88 1/4 | — | 14 3/8 F. 2 kleinere | — | — |
| im 20 fl.-Fuss. | — | — | Sächs. erbl. Pfandbr. a 3 1/2% | — | — |
| | — | — | a 3% v. 500 | — | 83 1/4 |
| | — | — | a 3% v. 100 u. 25 | — | — |
| | — | — | „ lausitzer d. d. a 3% | — | 81 1/4 |
| | — | — | „ d. d. a 3 1/2% | — | 90 1/4 |
| | — | — | „ d. d. a 4% | — | 99 1/4 |
| | — | — | Leipz.-Dresdn.-Eisenb. P.-Obl. | — | — |
| | — | — | a 3 1/2% | — | 99 |
| Augustd. a 5 3/8 a 1/2 Mk. | — | — | Chemn.-Ries.-Eisenbahn-Anleihe | — | — |
| Br. u. a 21 K. 8 G. auf 100 | — | — | a 10 3/8 4% | — | — |
| Pr. Friedrichsd'or a 5 | — | — | K. Preuss. St.-Schuld.-Scheine | — | — |
| idem auf 100 | — | — | a 3 1/2% in Pr. Ct. pr. 100 | — | — |
| And. ausländ. Louisd'or a | — | — | K.K. Oestr. Met. pr. 150 fl. Conv. | — | — |
| 5 nach geringerm Aus- | — | — | a 5% | — | — |
| tausch-Fusse auf 100 | — | — | a 4% laufende Zinsen | — | — |
| Kais. russ. wicht. Imperiale | — | — | a 3% a 103% im 1 | — | — |
| a 5 R. pr. Stück | — | — | Actien d. W. B. pr. St. a 103% | — | — |
| Holl. Duc. a 3 auf 100 | 5. 17 1/4 | — | Leipzig. Bank-Actien a 300 | — | — |
| Kaiseri. d. d. | 7 1/4 | — | pr. 100 | 142 1/4 | — |
| Bresl. d. d. a 65 1/4 As | 7 1/4 | — | Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien | — | — |
| Passir d. d. a 65 As | 6 1/4 | — | a 300 100 pr. 100 | 95 | — |
| Conv.-Spec. u. Glid. | 6 1/4 | — | Sächs.-Schles. d. d. pr. 100 | — | 78 1/4 |
| idem 40 u. 20 Kr. | 2 1/4 | — | Löbau-Zitt. d. d. pr. 100 | — | 14 |
| Gold pr. Mk. fein Köln. | — | — | Magdeb.-Leipz. d. d. pr. 100 | — | 109 |
| Silb. d. d. | — | — | Chemn.-Ries.z.Z. zinslos pr. 100 | — | 49 |

*) i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Verantwortliche Redaction: Dr. H. Kaiser.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

Abonnements für den Monat Juni auf die Deutsche Allgemeine Zeitung

werden zu 1 Thaler angenommen in der
Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung,
Duerstraße Nr. 8.



Post-Dampfschiffahrt mit Newyork.

Für die Passagiere in der ersten Kajüte der amerikanischen Dampfschiffe WASHINGTON und HERMANN sind vorläufig nachstehende Abänderungen getroffen worden.

Im Salon ist der Passage-Preis Ld'or 190, (es befinden sich daselbst Schlafkammer, Staterooms mit zwei Schlafstellen.)

In der Kajüte unter dem Salon Ld'or 160, (Zimmer enthaltend 3 und 6 Schlafstellen.) An Gepäck haben die Passagiere der ersten Kajüte 20 Kubikfuß Fracht frei, Kinder unter 12 Jahren zahlen die Hälfte und Domestiken Ld'or 100. Gepäck für dieselben 10 Kubikfuß.

Passage-Preis in der zweiten Kajüte Ld'or 100, Kinder die Hälfte. Den Passagieren der zweiten Kajüte sind nach Juli nur 10 Kubikfuß Fracht frei erlaubt. Kindern die Hälfte. Ueberfracht 25 Doll. pr. 40 Kubikfuß. [1895-96]

C. A. Heineken & Co.



Regelmäßige Dampfschiffahrt

zwischen Wismar und Kopenhagen.

Das als vorzüglich eingerichtet bereits bekannte kupferfeste und kupferbodene Dampfschiff „Obotrit“, geführt von Capitain J. J. Seth, wird regelmäßig jeden Mittwoch nach Ankunft der Eisenbahnzüge von Hamburg und Berlin Nachmittags um 4 Uhr mit Passagieren, Gütern und Posteffekten von Wismar nach Kopenhagen, und jeden Sonnabend Nachmittags von Kopenhagen nach Wismar, wo es sich an die nach Hamburg und Berlin abgehenden Eisenbahnzüge anschließt, abgeben.

Passage-Preise, sowie Güterfrachten, sind aufs billigste gestellt. Nähere Auskunft wird erteilt in Kopenhagen bei den Herren Fiedler & Comp., in Hamburg „ „ „ Hamel & Comp., in Berlin „ „ „ Fetschow & Sohn, in Wismar im Bureau der Dampfschiffahrt. [503-27]

Wismar, im Februar 1849.

Direction der Mecklenburgischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft.



Antwerpen.

Schiffs-Gelegenheiten

| Destination | Ship Name | Origin | Departure |
|-----------------------|--------------------|----------|-------------------|
| Singapore und Batavia | per Macassar | Belg. | Abfahrt 15. Juni. |
| Batavia | „ Adjoeno | Niederl. | „ 1. „ |
| Valparaiso u. Callao | per Duc de Brabant | Belg. | „ 31. ds. |
| Havannah | „ Vargas | Span. | „ 1/5. Juni. |
| Rio Janeiro | „ Windhond | Belg. | „ 1. „ |
| New-York | „ Peter Hattrick | Amer. | „ 25. ds. |
| „ | „ Rio Grande | „ | „ 25. ds. |
| „ | „ Mayflower | „ | „ 20./1. Juni. |
| „ | „ Medora | „ | „ 1/5. „ |
| „ | „ Shakspeare | „ | „ 25. ds. |

Constantinopel, Triest, Livorno, Neapel, Lissabon, Palermo, Marseille, Petersburg etc.

Nähere Auskunft hierüber erteilen

Antwerpen, den 15. Mai 1849.

F. Mack & Co.

[1625-27]

Neue Schottische Matjes-Heringe

sind heute die ersten angekommen. Schock- und Stückweise verkauft und empfiehlt [1666-68]

Leipzig, den 24. Mai 1849.

Gotthelf Kühne, Petersstraße Nr. 43/34.

Capitalisten, die in Amerika Geld anlegen wollen,

benachrichtigen wir, dass wir mittels unseres Waarenverkehrs mit diesem Lande in den Stand gesetzt sind, sowol Wechsel auf Newyork, Philadelphia, New-Orleans und andere Handelsplätze zu besonders billigen Cursen abzugeben, als auch amerikanische Staatspapiere, Actien von Kohlenbergwerken, Kanälen, Eisenbahnen etc. einkaufen und alles Nöthige damit besorgen zu lassen. Auch Auswanderern, die gegen hier zu leistende Zahlung Geld in Amerika zu erheben wünschen, bieten wir unsere Vermittelung an. [1706-8]

Knauth & Esche in Leipzig.

Verkauf.

Veränderungs halber bin ich geneigt, mein in hiesiger Stadt belegenes Fabrikgebäude mit Wasserkraft zu verkaufen. Einrichtung und Wasserkraft eignen sich besonders zur Wollspinnerei. Mehrere Zwirnmaschinen und sonstige Utensilien können mit abgelassen werden.

Remba bei Rudolfstadt.

[1686-88]

J. C. Nette.

Alle alten Corpsbrüder der

Thuringia in Jena

werden zur Feter des diesjährigen Stiftungstages den 6ten Juni, freundlichst eingeladen.

Jena, den 26. Mai 1849.

[1702]

Das Corps Thuringia.

Bei uns ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Entwürfe über die Mai-Revolution in Dresden in Form eines Tagebuchs zur Erinnerung für spätere Zeiten aufgezeichnet und mit einem Barricadenplane und einer vollständigen Sammlung sämmtlicher beiderseitiger Proclamationen und Bekanntmachungen versehen von einem Dresdner. Preis 8 Rgr. [1709]

Berlags-Comptoir in Grimma.

Vortheilhaftes Anerbieten.

Die Pachtung eines blühenden Fabrikgeschäfts mit Dekonomie, in der Provinz Sachsen des Königreichs Preussen, soll Familienverhältnisse halber auf noch laufende 7 Jahre cedirt und bis 15. Juli d. J. übergeben werden.

Zur Uebernahme sind circa 3000 Thlr. Cour. erforderlich. Näheres wird in der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung mitgetheilt. [1703]

Ritterguts-Verkauf.

Ein seit achtzehn Jahren vom Eigenthümer selbst bewirthschaftetes Rittergut zwischen Zeltz und Pegaus mit soliden und geräumigen Wohn- und Wirthschaftsgebäuden, Brennerei und Brauerei, haltend circa 154 Acker des besten Weizenbodens, den Acker zu 1/2 Dresdner Gemäß Ansaat gerechnet, incl. wenigstens 40 Acker noch unausgebaute, zum Theil zwanzig Ellen mächtiger Braunkohlenlager, die bei entsprechendem Betriebscapitale unermessliche Ausbeute versprechen, ist, mit der Aernte, vollständigem lebenden und todtten Inventar, nebst allen Rechten und Gerechtigkeiten, namentlich jährlichen Lehngeldern und Geldzinsen an 461 Thlr., Frucht- und andern Naturalzinsen, aus freier Hand zu verkaufen.

Es können gegen landübliche Verzinsung 16-18,000 Thlr. hypothekarisch auf dem Gute stehen bleiben. Reelle Kaufliebhaber ohne Unterhändler wollen sich in frankirten Briefen an den Unterzeichneten wenden, der auch auf Verlangen gegen die Copialien die Einzelheiten und sonstigen Kaufbedingungen mittheilen wird.

Weimar, am 26. Mai 1849.

Dr. Gustav v. Sellfeld,
Großherzoglich Weimarscher Rechtsanwält.

Theater der Stadt Leipzig.

Mittwoch, 30. Mai. Dornen und Corbeer, Drama in 2 Acten von W. Friedrich. — Hierauf: Esmeralda, großes Ballet in 2 Acten.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Julius Kehler in Potsdam mit Fräulein Pauline Gräfer in Leipzig. — Hr. Kaufmann August Starke in Görlitz mit Fräulein Ottilie Thiel in Breslau. — Hr. Dr. Louis Traube in Berlin mit Fräulein Cora Markwald.

Getraut: Hr. Robert Kirchner in Baugen mit Fräulein Pauline Florey aus Leipzig. — Hr. Peter Kreis in Ronsdorf mit Fräulein Wilhelmine Heynen aus Köln. — Hr. Karl Picht in Meerane mit Fräulein Rosalie Thurm aus Altenburg. — Hr. Kaufmann Otto Schott in Meerane mit Fräulein Bertha Albrecht aus Jena.

Geboren: Hr. Baumeister Eduard Polko in Duisburg ein Sohn. — Hr. Jos. Schmitt in Köln eine Tochter. — Hr. Joh. Thaler in Detelbach a. M. ein Sohn. — Hr. Heinrich Gustav Balthar jun. in Leipzig eine Tochter.

Gestorben: Frau Posthalter Katharine Gnsch in Poppingen. — Hr. Jakob Friedrich Link in Mühlacker. — Hr. Joh. Baptist Thadäus in Sachsenhausen.